

Medienmitteilung

Thema	Grünliberale lancieren ihre erste Volksinitiative
Für Rückfragen	Martin Bäumlé, Mobile 079 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	6. November 2010

Grünliberale lancieren ihre erste Volksinitiative

Die Grünliberalen Schweiz haben an ihrer Delegiertenversammlung in Biel entschieden, mit ihrem Projekt „Energie- statt Mehrwertsteuer“ eine Volksinitiative zu lancieren. Die Partei ist überzeugt, dass der Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft über die konsequente Ausrichtung auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz führt. Monetäre Anreize sollen den gewünschten Wandel bewirken, weshalb die neue Steuer den inländischen Verbrauch nicht erneuerbarer Energie belasten soll. Gleichzeitig soll die Mehrwertsteuer abgeschafft werden. Weiter beschlossen die glp Delegierten deutlich die Nein-Parole zur Ausschaffungsinitiative, die Ja-Parole zum Gegenvorschlag und auch die Nein-Parole zur Steuergerechtigkeitsinitiative.

Die Tagespräsidentin Franziska Schöni-Affolter (Fraktionspräsidentin Grossrat Kanton Bern) begrüßte die nationalen Delegierten zur Versammlung in Biel. Herzlich willkommen hiess sie insbesondere die neue Sektion Kanton Gené, die Ende September 2010 gegründet und an der Versammlung als 14. Sektion der glp Schweiz von den Delegierten aufgenommen wurde.

Parolenfassung

Gastreferent Martin Baltisser (Generalsekretär SVP) und Thomas Weibel (Nationalrat glp) hielten zwei Eingangsreferate zur Ausschaffungsinitiative bzw. zum Gegenvorschlag. Nach einer spannenden Fragerunde mit Fragen an beide Referenten beschlossen die Delegierten mit 87:1 ein Nein zur Ausschaffungsinitiative und mit 73:13 ein JA zum Gegenvorschlag. Mit 85:0 Stimmen geben die Grünliberalen bei der Stichfrage dem Gegenvorschlag den Vorzug. Die Grünliberalen finden eine Anpassung, wie das Respektieren von Schweizer Werten, Gepflogenheiten und Rechten von der zuwandernden Bevölkerung selbstverständlich. Anders als die Initianten der Initiative erachten die glp Delegierten Ausländerinnen und Ausländer bzw. eine gut durchmischte Bevölkerung primär als eine Bereicherung. Aus Sicht der Grünliberalen setzt ein gut funktionierendes Zusammenleben Leistungen von Migrantinnen und Migranten voraus, bedingt aber auch Offenheit der Schweizer Bevölkerung und Engagement auf allen Ebenen. Eine Nichtrespektierung der Regeln muss Konsequenzen haben.

Ebenfalls für die Befürwortung des Gegenvorschlages spricht aus Sicht der Grünliberalen der Bezug zu den internationalen Verpflichtungen. Grundprinzipien des Völkerrechtes oder der Bundesverfassung dürfen in keinem Fall verletzt werden.

Etwas weniger deutlich haben die Delegierten mit 65:11 bei 13 Enthaltungen die Nein-Parole zur Steuergerechtigkeitsinitiative beschlossen. Markus Stadler, glp Ständerat präsentierte anhand von Beispielen, dass gelebter Föderalismus ein wertvolles Instrument des Schweizer Staates aber auch der fiskalen Politik sei. Bereits heute stünden mit dem Finanzausgleich und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen ein ausreichendes Instrumentarium zur Verfügung, um dem stattfindenden und gesunden Steuerwettbewerb der Kantone zu begegnen. An der kantonalen Steuerhoheit soll deshalb nicht gerüttelt werden.

Ökologische Steuerreform

Um der Bedrohung durch den Klimawandel aktiv und wirksam entgegenzutreten und gleichzeitig auch die sich daraus ergebenden Chancen für den Werk- und Denkplatz Schweiz zu nutzen, wollen die Grünliberalen eine ökologische Steuer-

reform lancieren. Nicht erneuerbare Energien sollen neu mit einer Energiesteuer belastet werden. Die Erhöhung der Preise soll einen wirksamen Anreiz zum Energiesparen auslösen. Dieser Anreiz führt dazu, dass bei neuen Investitionen der Energieeffizienz einen höheren Stellenwert beigemessen wird als bisher.

Die positiven Auswirkungen sind vielseitig: Die Energiesteuer auf nicht erneuerbaren Energieträgern unterstützt wirksam die Entwicklung neuer Energiesparttechnologien, so dass die Schweiz in diesem Bereich die Technologieführerschaft übernimmt. Zudem ermöglichen sich dadurch neue Chancen für den Export von neuen Technologien speziell im Cleantechbereich. Dies sichert langfristig zahlreiche attraktive Arbeitsplätze und insgesamt unseren Wohlstand.

Die Nichtbelastung der erneuerbaren Energie bewirkt, dass diese einen deutlichen Wettbewerbsvorteil erhält und ihre Produktion gefördert wird. Die Nachfrage nach erneuerbarer Energie wird steigen und es darf damit gerechnet werden, dass die im In- und Ausland produzierte und im Inland verbrauchte erneuerbare Energie rasch und stark zunimmt. Zusammen mit der höheren Energieeffizienz kann die Produktion von Strom aus erneuerbarer Energie ein Ausmass annehmen, so dass die in den nächsten Jahrzehnten in der Schweiz auslaufenden Kernkraftwerke nicht durch neue ersetzt werden müssen.

Der reduzierte Energieverbrauch und die gleichzeitige Ausdehnung der Produktion erneuerbarer Energie im In- und Ausland führen dazu, dass die Schweiz immer weniger von Erdöl- und Gasimporten abhängig wird und sich der Wohlstandsabfluss in Öl- und Uranmonopolstaaten deutlich reduzieren lässt. Parallel wird auch der CO₂-Ausstoss markant zurückgehen und die CO₂-Verminderungsziele zur Bewältigung des Klimawandels können mit marktwirtschaftlichen Elementen erreicht werden.

Damit die steuerliche Belastung nicht steigt, soll gleichzeitig die Mehrwertsteuer abgeschafft werden. Die Abschaffung der MWST bewirkt, dass rund 320'000 Unternehmen – vor allem KMUs – von einer enormen administrativen Belastung und teilweise erheblichen Wettbewerbsverzerrungen befreit werden. Für den Endverbraucher findet eine finanzielle Entlastung bei allen Investitions- und Konsumgütern sowie den Dienstleistungen statt, die der Mehrbelastung durch die Energiesteuer im Durchschnitt entspricht. Insgesamt steht den Konsumenten somit nicht weniger Kaufkraft zur freien Verfügung als vor dem Umstieg von der MWST auf die Energiesteuer.

Durch den gänzlichen Verzicht der MWST-Verwaltung werden erhebliche finanzielle Mittel frei, die für sinnvollere Zwecke zur Verfügung stehen. Die Erhebung einer Energiesteuer auf nicht erneuerbaren Energien ist im Gegenzug simpel, da diese Energien allesamt importiert werden müssen und daher direkt bei der Einfuhr durch die Zollverwaltung erhoben werden kann.

Die Grünliberalen sind überzeugt, dass die Schweizerische Stromversorgung konsequent auf erneuerbare Energie und Energieeffizienz auszurichten ist. Nur so, kann der ökonomisch und ökologisch sinnvolle Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft eingeschlagen werden. Die heute lancierte Initiative setzt die richtigen ökologischen und monetären Anreize dazu und schafft gleichzeitig langfristige Wettbewerbsvorteile für die Schweizer Wirtschaft.

Verabschiedung & Begrüssung

Jan Flückiger, ehemaliger Generalsekretär und Parteipräsident der glp Bern wurde unter herzlichem Applaus für seine wertvollen Dienste verdankt. Jan Flückiger prägte mit seiner engagierten Art die erste Phase des nationalen Generalsekretariates und eine essentielle Zeit der nationalen Partei.

Neu bei der Grünliberalen Partei ist die Sektion Genf, die von den Delegierten einstimmig als kantonale glp Sektion aufgenommen wurde.

Ebenso haben die Delegierten folgende Mitglieder in den nationalen Vorstand nachgewählt: Steve Piaget (BS), Laurent Seydoux (GE), Marc Walpoth (GE), Werner Anderegg (SG), Pierre Cherbuin (VD).